

2198. Artikel zu den Zeitereignissen

Flüchtlings-Programm und rechtsfreie Räume, Teil 277

Christian Jung und Torsten Groß "Der Linksstaat" (12) – Stadt-Stasi – CSU/SPD – a.i.d.a – Feierwerk

Christian Jung und Torsten Groß schreiben unter dem Titel *Wie die Stadt-Stasi entstand – und heute durch CSU und SPD ausgebaut wird*:¹

Zurück zur politischen Behörde im Münchner Rathaus und ihrer Leiterin. Man wird die Gedankengänge Miriam Heigls² schwerlich als Ausdruck der Verfassungstreue heranziehen können. Im Gegenteil: In der Fachstelle gegen Rechtsextremismus treibt eine sozialistische Klassenkämpferin mit rassistischem Weltbild ihr Unwesen, die der Meinung ist, der Staat müsse in seiner derzeit nach dem Grundgesetz ausgestalteten Verfasstheit »gründlich« umgestaltet werden.

Und Heigl hatte ihre abstrusen Ansichten schon lange vor ihrer Berufung in das Amt der Münchner Demokratiewächterin kundgetan, wie etwa in einer Veröffentlichung in PROKLA (Probleme des Klassenkampfes).³ Man wusste mit Sicherheit, wen man einstellte. Welche politischen Ziele Heigl als direkt dem Oberbürgermeister unterstellte Mitarbeiterin verfolgen soll, liegt somit auf der Hand. Es ist schlicht kaum vorstellbar, dass das Münchner Rathaus einen derartigen Posten an eine politisch unzuverlässige Person vergibt.



(Linker Veranstaltungsort *Feierwerk* in München [s.u.], ca. 1982⁴)

¹ S. 51-56, Kopp 2016

² Siehe Artikel 2191 (S. 3), 2192 (S. 4), 2193 und 2194

³ Unter Anmerkung 36 steht: »Auf dem Weg zur finalen Krise des Kapitalismus? - Weltsystemtheoretische Beiträge zur neuen Debatte um Imperialismus«, in PROKLA Nr. 139.

⁴ <http://www.feierwerk.de/ueber-uns/geschichte/>

Die Schaffung einer politischen Behörde im Rathaus war den Stadträten allerdings nicht genug. Es sollten zudem außerhalb der Stadtverwaltung noch »Recherchen« über all jene angestellt werden, die die damalige rot-grüne Mehrheit als extremistisch betrachtete. Dass sie dabei genau die Strategie (Staat von innen und von außen hin zum Sozialismus umformen) der extremen Linken anwandte, ist den weniger linken Parteien nicht aufgefallen, oder man meinte, dies künftig für sich nutzen zu können. Für Letzteres spricht die Tatsache, dass die CSU mit dem Zustandekommen der großen Koalition im Herbst 2014 das Spitzelnetzwerk nicht nur unangetastet ließ, sondern es mittlerweile vielmehr sogar noch ausbauen möchte (s.u.).

Ende 2008 jedenfalls integrierten die Stadträte Teile der Antifa in ihr »Netzwerk gegen Rechts«. Und zwar in Form des Vereins »Antifaschistische Informations-, Dokumentations- und Archivstelle München e.V.«, kurz »a.i.d.a.«. In der Beschlussvorlage für den Stadtrat heißt es zum Ausbau des Netzwerkes gegen Rechtsextremismus unter anderem:

»Die Informations- und Beratungsmöglichkeiten (Punkt 1 des Antrages der Vertreterinnen und Vertreter der Jugendverbände im Kinder- und Jugendhilfeausschuss) werden ab Mitte nächsten Jahres von der 1/2 Stelle beim Jugendkulturwerk wahrgenommen. Die neu zu schaffende Multiplikatorenstelle bietet keine Beratungsmöglichkeiten an, sie wird aber eng mit dem Netzwerk Demokratische Bildung und der Stelle beim JKW kooperieren (s. Ziffer 3.2).

Es wird vorgeschlagen, auf bereits bestehende Strukturen zurückzugreifen. Vorteil hierbei ist, dass kein aufwendiger Neuaufbau nötig ist und eine übergangslose Arbeit möglich wird. Konkret ist damit a.i.d.a. (Antifaschistische Informations-, Dokumentations- und Archivstelle München e.V.) gemeint, a.i.d.a. leistet im Rahmen seiner bisherigen Möglichkeiten hervorragende Arbeit und sollte die Möglichkeiten bekommen, seine Aktivitäten entsprechend auszubauen und die beantragte Recherche- und Multiplikatorenstelle zu übernehmen.

Da der Träger a.i.d.a. e.V. sich jedoch überwiegend durch ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter trägt und damit die notwendige Kontinuität gegenüber der Landeshauptstadt München nicht immer gewährleistet werden kann, soll die Recherche- und Multiplikatorenstelle bei dem anerkannten Träger der Jugendarbeit Feierwerk e.V. geschaffen werden. Für die neu zu schaffende Multiplikatorenstelle ist ein Betrag in Höhe von 75900,- Euro vorgesehen, der in das Budget des Sozialreferates eingestellt wird.«⁵

Schon bald wurde der Haushaltsansatz auf 80 000 Euro pro Jahr für ai.d.a. erhöht. Für die Erhöhung des Budgets wurden unter anderem die vielen Termine der Fachinformationsstelle Rechtsextremismus München (firm) geltend gemacht. 131 sollen es im Jahr 2010 gewesen sein. Aber genau wissen kann das die Stadt nicht. Denn dort lässt man sich diese Liste nicht vorlegen, schließlich sei es nicht ihre »Aufgabe, die Menge der geleisteten Termine zu überprüfen, aufzulisten oder zu dokumentieren«, wie die Stadtverwaltung auf Nachfrage in einer E-Mail uns gegenüber erklärte.

Allerdings konnten die Stadträte nicht ahnen, dass die Stadtverwaltung diese Zahl ungeprüft übernommen hat. In der Beschlussvorlage wurde die Zahl der Termine jedenfalls als Fakt ausgegeben. Merkwürdig ist allerdings, dass sich nur wenige Termine der firm aus dem Jahr 2010 finden lassen. Die "Süddeutsche Zeitung" schreibt denn auch, firm würde »im Stillen

⁵ Unter Anmerkung 37 steht: Münchner Stadtrat, Sitzungsvorlage Nr. 08-14 / V 01141, Neufassung v. 28.11.2004, Seite 16 unten f.

wirken«. ⁶ Da läge für einen kritischen oder zumindest cleveren Beamten bei so viel »Stille« der Verdacht nahe, dass Termine des privaten Vereins a.i.d.a. vielleicht gegenüber der Stadt als solche für firm abgerechnet wurden. Im Rathaus sieht man jedoch ausdrücklich keinen Anlass zur Nachfrage, noch nicht einmal zur Kontrolle.

Ab dem Haushaltsjahr 2016 sind 109000 Euro für a.i.d.a. (über den Umweg Feuerwerk) vorgesehen. In die Struktur des Feuerwerkes ist a.i.da. unter der Bezeichnung »firm« eingegliedert, was einerseits für »Fachinformationsstelle Rechtsextremismus München« und andererseits entsprechend der englischen Vokabel »firm« für (Stand-)Festigkeit steht.

Dabei wird es nicht bleiben. Zunächst hatte die CSU auf Bezirksausschussebene einen Ausbau des Netzwerkes gegen vermeintlichen Rechtsextremismus verlangt. ⁷ Die Bezirksausschüsse entsprechen dem Münchner Stadtrat auf Stadtteilebene. Die Begründung für den Ausbau der Überwachung seitens der CSU lässt tief blicken. So heißt es dort unter anderem:

»In nahezu jedem der Münchner Stadtbezirke entstehen neue Flüchtlingsunterkünfte. Jede neue Unterkunft wiederum erzeugt bei einigen Teilen der Bevölkerung viele Fragen und teilweise auch Skepsis. Hier beginnt die Arbeit der Beauftragten gegen Rechtsextremismus, diese Arbeit benötigt aber dringend Unterstützung von hauptamtlichen Kräften, die z. B. bei der Vernetzung, bei Ortsterminen, Informationsveranstaltungen und bei der Logistik helfen könnten.«

Schon allein »Skepsis« gegen eine »Flüchtlingspolitik«, die in großen Teilen der Bevölkerung als von der Politik nicht mehr beherrscht angesehen wird, löst in München den Kampf gegen Rechts aus. 81 Prozent der Befragten des ARD-Deutschlandtrends fanden im Februar 2016, die Bundesregierung habe die Situation nicht im Griff. ⁸ Wahrlich viel zu tun für das Münchner Netzwerk. Als eine von mehreren Maßnahmen verlangen die CSU-Kommunalpolitiker;

»Schaffung von vier Registerstellen für die Erfassung von rechts-extremen, rassistischen und anderen Aktivitäten und Vorkommnissen je auf 450-Euro-Basis. Es sind im Großraum München vier Registerstellen für die Erfassung von rechtsextremen, rassistischen und anderen Aktivitäten und Vorkommnissen im Bereich der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit nach dem Berliner Vorbild (www.berliner-register.de) je auf 450-Euro-Basis (Minijobs) einzurichten. Diese Registerstellen sind bei vier verschiedenen Trägern in Süd, Nord, Ost und West anzusiedeln und sollen als Teil des kommunalen Netzwerks gegen Rechtsextremismus, Rassismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit fungieren.

Diese Stellen sind spezialisiert auf die Erfassung niederschwelliger Vorkommnisse, Ereignisse und Tendenzen im o.g. Bereich. Analog den Berliner Registern, die Anfang 2016 vom schwarz-roten Senat in ganz Berlin etabliert wurden – <http://www.berliner-register.de/> –, werden unter Vorfällen, die in den Registern dokumentiert werden, neben Gewalttaten auch Propagandaaktivitäten wie Aufkleber, Plakate oder Sprühereien, Veranstaltungen und Beleidigungen gefasst, die einmal jährlich qualitativ ausgewertet werden. Ein solches niederschwelliges und dezentrales Erfassungssystem ist aus Sicht der Bezirksausschüsse auch in München erforderlich. Die Registerstellen sollen bei freien Trägern angesiedelt werden. Das

⁶ Unter Anmerkung 38 steht: <http://www.sueddeutsche.de/muenchen/archiv-ueber-rechtsextrem-kuenftig-einsicht-1.1626657>.

⁷ Unter Anmerkung 39 steht: <https://www.ris-muenchen.de/RII/RII/DOK/BAANTRAG/4006272.pdf>.

⁸ Unter Anmerkung 40 steht: <https://www.tagesschau.de/inlarid/deutschlandtreid-475.html>.

Benötigte Budget ist bei der FgR⁹ einzustellen, die FgR sucht vier passende Trägereinrichtungen aus und wickelt die Zuschüsse ab.«

Auch a.i.d.a. soll noch weiter ausgebaut werden. Über den Umweg firm soll dem Antifa-Verein Geld für eine weitere Halbtagesstelle zufließen. Grund ist die lückenlose Überwachung durch firm respektive a.i.d.a., wie sie die Kommunalpolitiker beobachten konnten, die aber nach Meinung der Kommunalpolitiker nicht mehr ausreicht:

»Die Fachinformationsstelle Rechtsextremismus (firm) in München ist ein essenzielles Glied in der Bekämpfung von Rechtsextremismus. Im 12. Stadtbezirk konnten wir uns selbst davon überzeugen, dass bei jeder Demonstration Rechtsradikaler oder anderen Veranstaltungen jemand von firm anwesend war und die Veranstaltung dokumentiert hat.«

Stellen für die Fachstelle gegen Rechtsextremismus schreibt die Landeshauptstadt München teilweise in der Besoldungsgruppe A 13 aus. Dies ist die Besoldungsstufe, mit der man zum Beispiel dann eingestellt wird, wenn man die Befähigung zum Richteramt nachweisen kann. Den Stadträten von CSU und SPD kommt die finanzielle Ausstattung von a.i.d.a. ebenfalls unzureichend vor, sodass sie eine »angemessene Erhöhung« des bisherigen Betrages von 109000 Euro pro Jahr verlangen. Eingebettet wird die Arbeit der Rathaus-Antifa (Fachstelle gegen Rechtsextremismus) und der Antifa in scheinprivater Vereinsform (a.i.d.a.) in einem »Netzwerk 089 gegen Rechts«. Dieses Netzwerk wird wiederum durch das Feuerwerk betrieben.

Das Feuerwerk in der Münchner HansasträÙe (s.o.) erhält allein im Jahr 2016 über 2,7 Millionen Euro. In den Räumlichkeiten des Feuerwerks ist auch a.i.d.a. respektive firm untergebracht. (Bislang sind die Beträge für a.i.d.a. in den Zuschüssen für das Feuerwerk enthalten.) Dem Verein fließen gemäß einem Beschluss des Stadtrates vom Dezember 2008 seit dem Jahr 2009 städtische Gelder zu, damit er im kommunalen Auftrag Daten von Bürgern sammelt. Bilder und Daten von Bürgern, die sich an ebenjenen Versammlungen und Bürgerinitiativen beteiligten, die eine dauerhafte Speicherung zur Folge haben –und auf die die Stadt München zurückgreift. Dem Verein a.i.d.a. gehört unter anderem Marcus Buschmüller (s.u.) an, der sich einst selbst der autonomen Antifa zurechnete und im Rahmen dieser mehrfach mit dem Gesetz in Konflikt kam. Aber auch Tobias Bezler alias Robert Andreasch (s.u.) gehört den Häschern im Auftrag des Oberbürgermeisters an, die ihr Wissen bereitwillig an die durch den Verfassungsschutz beobachtete Antifa-NT weitergeben.



(Marcus Buschmüller und Robert Andreasch¹⁰)

(Fortsetzung folgt.)

⁹ Fachstelle gegen Rechtsextremismus (siehe Artikel 2192, S. 3)

¹⁰ <http://www.sueddeutsche.de/muenchen/antifaschistisches-archiv-aida-recherchen-auf-freier-wildbahn-sind-gefaehrlich-1.2328586>